

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 50

Köln, den 11. Dezember 1931

32. Jahrg.

Wissenschaft und Wirtschaftskrise.

Für die Massen des Volkes wird der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung immer unverständlicher. Jeder fühlt und erlebt persönlich, daß statt der früher gewohnten Ordnung ein chaotisches Durcheinander entstanden und Neues im Werden begriffen ist. Die Masse des Volkes hält nervös Ausschau nach Rettung aus der sie bedrückenden Unsicherheit. Ihr Vertrauen zu Geld und Gold erlitt in der letzten Zeit gar manche Erschütterung, an das Gedeihen der Industrie glaubt sie nicht mehr, und die Führung der Wirtschaft erregt immer größere Bedenken. Es liegt daher nahe, zu fragen, was denn die Wissenschaft zu den Ereignissen zu sagen habe, und welche Wege aus der Krise von ihr gewiesen werden. Die Meinung, daß der Wirtschaftswissenschaft, der Nationalökonomie in der jetzigen Zeit, in der auf Wirtschaftsvorgänge in besonderem Maße das Denken der Menschen konzentriert ist, die besondere Aufgabe zufällt, Wege aus der Krise weisen zu müssen, ist nicht unberechtigt.

Seit mehr als hundert Jahren untersucht und erforscht die Wissenschaft die Wirtschaftskrisen. Angeblich 230 Konjunkturtheorien wurden entdeckt, die leider alle den Nachteil haben, Theorien zu sein. Darüber hinaus ist scheinbar ein praktischer Vorteil für die Menschheit aus diesem wissenschaftlichen Aufwand, Nachdenken und Fleiß nicht entstanden. Bezüglich der herrschenden wirtschaftlichen Notstände hat zwar die Wissenschaft auch festgestellt, daß die Krise vorhanden ist, daß die Produktion über den Bedarf hinausgewachsen sei und alle Produkte zu teuer sind. Das ist angesichts der drückenden Wirtschaftsnot ein sehr mageres Resultat, und, was noch bedauerlicher ist, stimmt in vielen Fällen die wissenschaftliche Beweisführung nicht einmal. Im folgenden einige Proben, die zwar das Thema nicht erschöpfen, aber einen Einblick in die Meinungsverschiedenheiten der Wissenschaftler über die angeschnittene Frage gestatten.

Der Münchener Nationalökonom Adolf Weber stellt sie in den Vordergrund einer Untersuchung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit (mit einer Reihe anderer früherer Arbeiten zusammen unter dem Titel „Sozialpolitik“ im Verlage von Duncker & Humblot, München). Nach seiner Meinung haben die Hindernisse, die man der Verteilung und damit der zweckmäßigsten Ausnützung des in der Nachkriegszeit stark vermehrten Güterreichums entgegengestellt hat, die entscheidenden Schwierigkeiten verursacht. In der Zeit des konjunkturellen Aufschwungs sind die Auswirkungen der Veränderungen der Wirtschaftsstruktur überdeckt worden; sie mußten schwer ins Gewicht fallen, als die Konjunktur zusammenbrach. Die politischen Hemmungen haben die wirtschaftlichen Störungen vermehrt. — Als besondere Ursachen der deutschen Arbeitslosigkeit zählt Weber die stoßweise Änderung von Angebot und Nachfrage in der Nachkriegszeit, besonders am Kreditmarkt, Kapitalfehlleitungen durch die Privatwirtschaften und Kapitalverwirtschaftung durch die öffentliche Hand auf.

Weber beschränkt sich im wesentlichen auf die Diagnose; aber er deutet doch an, wie er sich die Therapie denkt: die Marktpreisbildung der freien Verkehrswirtschaft muß wiederhergestellt werden. Dem Kapital muß es wieder ermöglicht werden, den ertragreichsten Weg einzuschlagen, „und der Ware ihren angemessenen Preis, dem Fleiß und der Intelligenz ihre natürliche Belohnung, der Trägheit und Unvernunft ihre natürliche Strafe zukommen zu lassen“. Mit diesem Zitat entläßt Professor Weber seine Leser — obwohl doch dann erst das eigentliche Fragen beginnt, nämlich wie diese Wirkungen erreicht werden sollen.

Der Heidelberger Professor Cederer macht den Kapitalismus und

die von diesem behauptete, aber nicht funktionierende Automatik des Marktes für die Zustände verantwortlich. In einer Schrift „Wirkungen des Lohnabbaues“ wird dargelegt, daß nach der klassischen Theorie Lohnsenkung ein unfehlbares Mittel zur Ausdehnung der Produktion und damit zur Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß ist, weil sie den Anteil des Unternehmerprofits am Sozialprodukt erhöht und damit den eigentlichen Anreiz zur Ausdehnung der Produktion gibt. Arbeitslosigkeit ist also ein Anzeichen eines überhöhten Lohnniveaus. Durch eine Analyse der möglichen Wirkungen des Lohnabbaues unter den gegebenen Verhältnissen kommt Cederer zu dem Ergebnis, daß diese These generell nicht zu halten ist, daß also durch einen Lohnabbau auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht behoben werden kann.

Trotz dieses Gegensatzes stimmt Cederer in der Analyse der Ursachen mit den beiden anderen Theoretikern in einigen Punkten überein („Wege aus der Krise“, J. C. B. Mohr, Tübingen). Die Krise ist durch eine zu schnelle Erweiterung der Produktionsgrundlagen mit Hilfe des Kredits entstanden. Strukturelle Veränderungen hatten sie vorbereitet, die Wirkungen des technischen Fortschrittes, — auf die Cederer besonders eindringlich hinweist — Zölle, Kartelle, die politischen Zahlungen haben die Schwierigkeiten vermehrt. Eine Liquidation der Krise kann nur von der Preisseite her erfolgen. Aber — jetzt kommt das Aber, durch das sich Cederer als der Repräsentant des „äußersten linken Flügels“ erweist: Der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft verjagt. Die partielle Organisation der Produktion in Kartellen und Trusts, die Fixierung der wichtigsten Preise lähmt die Entwicklung der Warenerzeugung und verhindert die Aufsaugung der Arbeiter in neuen Industrien. Der Kapitalismus bewältigt nicht mehr die ihm von der Entwicklung gestellten Aufgaben. „Die Zeit ist nahegerückt, in der eine planmäßige Ordnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unvermeidbar wird.“

Der Interventionismus ist nach der Meinung Prof. Mises aus Wien die entscheidende Ursache der Krise. Durch die Gewerkschaften, den Staat, die Banken usw. wird der Marktmechanismus gestört. Darum: die Interventionen müssen aufhören, dann wird alles wieder gut. Prof. Mises schwört heute noch auf das Dogma des orthodoxen Liberalismus. Es ist außerordentlich bezeichnend für die Bewertung der Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung durch Mises, daß er die Probleme des Monopolkapitalismus überhaupt nicht berührt, daß er über die Auswirkung eines Faktums, wie das der Rationalisierung für die Arbeitslosigkeit, lediglich feststellt, daß immer noch die durch die Rationalisierung erzielte Verbilligung der Produktion die freigesetzten Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung gebracht habe. So daß also den Arbeitslosen von heute nur eines zu fehlen scheint — ein bißchen Geduld.

Schon diese Beispiele zeigen die Meinungsverschiedenheiten in wissenschaftlichen Kreisen über die Krise auf. Sie werden noch größer, wenn man eine Zusammenstellung der von der Wissenschaft gelieferten Rezepte zu ihrer Bekämpfung näher untersuchen wollte. Es ist der Vorwurf, den wir kürzlich einmal niedergeschrieben fanden, daß die heutige Volkswirtschaftslehre fast rein spekulativ, ja auf dem Standpunkt der Alchimie stehe, nicht ganz unberechtigt. Zweifellos ist sie längst nicht das, was man exakte Wissenschaft nennt. Einseitige Volkswirte gestehen diese Schwäche ein und führen darauf die Zerfahrenheit der wissenschaftlichen Stellungnahme zurück. Wie wenig zuverlässige Unterlagen der wissenschaftlichen Bear-

beitung einschlägiger Krisenfragen vorhanden sind, kann man einer Diskussion, die in der Beilage des „Berliner Tageblattes“ geführt wurde, entnehmen, wo Prof. Brandt, der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, folgendes sagte:

„Wie groß der Mangel an exaktem Wissen um die wichtigsten Tatbestände der Wirtschaft einzelner Länder, ganz besonders aber der Wirtschaft der gesamten Welt, und wie groß der Mangel an Wissen über die dynamischen Verschiebungen in der Weltwirtschaft sind, können am besten alle diejenigen ermaßen, die an der Erforschung dieser Dinge täglich arbeiten.“

Wir wissen z. B. agrarisch über die wichtigsten Warenmärkte die entscheidenden Dinge nicht. Wir wissen nicht, wieviel Weizen Länder wie Frankreich, Italien oder Rumänien wirklich verzehren. Wir wissen nicht einmal, wieviel Getreidevorräte sich in Deutschland in der zweiten Hand befinden. Wir wissen nicht, wieviel Milch in der Welt oder wieviel Milch in Deutschland erzeugt wird, obwohl es sich hier um das größte agrarische Produkt handelt. Ganz ähnlich liegt es mit den Kenntnissen über die Eierzeugung, über Hackfrüchtereiten, über die Viehbestände und den Fleischverbrauch großer

Länder. Versucht man mit Zahlen die einfachsten agrarischen Wirtschaftsprobleme anzupacken, so gleitet man in Anbetracht der katastrophalen Lücken in der Weltagrartatistik unverzüglich aus der wissenschaftlichen Kategorie gemessener Zahlen in die von vagen und gefühlsmäßigen Schätzungen.“

Angeichts dieser Geständnisse erscheint es überheblich, wenn die Vertreter der Volkswirtschaftslehre Anspruch darauf erheben, als die alleinigen Sachkenner auf volkswirtschaftlichen Gebieten zu gelten. Aber auch bezüglich der in der Einleitung dieser Ausführungen enthaltenen Frage kommt man zu einem betäubenden Resultat. Bei dem heutigen Stande der Wissenschaft gibt man sich einer großen Täuschung hin, wenn man glaubt, die Wissenschaft sei in der Lage, den Weg aus der Krise weisen zu können. Was sie kann, ist höchstens auf Grund von Spezialuntersuchungen Lösungen von Teilfragen herbeiführen und so mit beizutragen zu einer besseren Ordnung der Wirtschaft, die kommen muß, wenn das Vertrauen des Volkes zur Führung nicht endgültig Schiffbruch leiden soll.

Deutschlands schrumpfende Wirtschaft.

Der ungesunden Aufblähung der deutschen Wirtschaft in der Inflationszeit steht heute eine ebenso ungesunde Schrumpfung des Wirtschaftskörpers gegenüber. Beide Erscheinungen sind bedenkliche Krankheitszeichen, die bekämpft und beseitigt werden müssen, wenn das Ziel der Gesundung und eines normalen Ablaufs wieder erreicht werden soll. Die Wirtschaft hat allerdings vor einigen Jahren bereits, 1925/26, einen Schrumpfungsprozeß durchgemacht. Aber zwischen diesem und dem heutigen ist ein grundsätzlicher Unterschied vorhanden. Die Vorgänge von damals bedeuten eine Reinigungs- und Auslesekrise. Der in der Inflation künstlich aufgeblähte Erzeugungsapparat mußte einer Einschrumpfung unterzogen werden, um das die Erzeugung vertuernde Mißverhältnis von Angebot und Bedarf zu beseitigen. Sie wurde unter bewußter Mitwirkung der maßgebenden Wirtschaftskreise betrieben, die selbst das Interesse daran bekundeten, die Erzeugung der verkleinerten Kapitaldecke anzupassen und so zu einer Gesundung zu gelangen. Heute verschwinden auch Betriebe, die zu normalen Zeiten nicht zu sterben brauchten, die gleichwohl zum Erliegen kommen, weil der Druck der Krise zu heftig ist, um ihr widerstehen zu können.

Für diese durch die Wirtschaftsverfälschterung herbeigeführte

Zusammenschrumpfung, insbesondere auch der gewerblichen Mittel- und Großbetriebe, liefern bemerkenswerte Belege die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1930. Wenn man die Zahl der von diesen erfaßten Betriebe mit mehr als fünf Arbeitnehmern mit der Zahl von 1929 vergleicht, so ist ein Rückgang um rund 19 400 Betriebe oder 6,8% und bei den darin beschäftigten Arbeitnehmern ein solcher um rund 1,4 Millionen oder 13,1% festzustellen. Im gesamten Gewerbe liegen die ermittelten Personal- und Betriebszahlen nur noch wenig über dem Tiefpunkt des Krisenjahres 1926. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Erhebungen zum Teil schon im Sommer oder frühen Herbst 1930 vorgenommen wurden, also die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage gegen Ende des Jahres noch nicht einmal aufzeigen. Noch stärker ist die Schrumpfung des Umfanges der gewerblichen deutschen Erzeugung, die erheblich unter dem in der Krise 1925/26 erreichten Tiefpunkt liegt. Die Indeziffer der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100) sank von 76,3 im April auf 68,1 im August 1931. Nach dem Institut für Konjunkturforschung ist heute die Industrieerzeugung ungefähr so groß wie die um die Jahrhundertwende (1900—1903). Die Schrumpfung ist bei den Produktionsgüterindustrien größer als in den Verbrauchsgüterindustrien.

Als Folge und Äußerung der Weltkrise ist die Produktions-schrumpfung nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Setzt bei uns die Produktionseinschränkung bereits ab Juni 1929 scharf ein, so machte sich zu gleicher Zeit der Konjunkturumbruch in den Vereinigten Staaten bemerkbar; er wurde verschärft durch den New Yorker Börsenkrach im Herbst 1929. Als Folge hiervon sank die Produktion der Vereinigten Staaten vom Oktober bis Ende 1929, also in zwei Monaten, um über 20%. Dieser starke Rückgang der industriellen Produktion in Amerika fällt zeitlich zusammen mit dem Konjunkturumschwung in Großbritannien, der ebenfalls im Oktober 1929 einsetzte. Lediglich Frankreich konnte sein hohes Produktionsvolumen noch bis Sommer 1930 aufrechterhalten. Seitdem geht auch die Produktion der französischen Industrie zurück. Allerdings ist dieser Rückgang bei Frankreich entschieden geringer als bei den drei übrigen großen Industrieestaaten. Bis Herbst

Der Rückgang des Welthandels

Ausfuhr		Einfuhr	
Rückgang im 1 Halbjahr 1931 gegenüber 1930 in %			
Durchschnittlicher Preisrückgang 15%			
40	30	20	10
0	10	20	30
40	30	20	10
48			29
			BRASILIEN
43			25
			UNGARN
40			31
			BRIT. INDIEN
37			36
			U.S.A.
35			29
			ENGLAND
34			19
			NORWEGEN
33			34
			KANADA
33			16
			SCHWEDEN
28			21
			ÖSTERREICH
28			13
			FRANKREICH
26			33
			CHILE
24			32
			TSCHESCHSLOW.
23			33
			DEUTSCHLAND
23			22
			HOLLAND
22			30
			ITALIEN
21			37
			ARGENTINIEN
21			7
			RUSSLAND
			13
			BELGIEN
29			27
			WELTDURCHSCHNITT
			D.L.D.

Die Schrumpfung des Weltmarktes.

48 Länder der Erde setzen sieben Axtel des gesamten Welthandels um. Die wichtigsten Außenhandelsländer, die etwa zwei Drittel des Welthandels ausmachen, haben wir auf unserem Bilde erfaßt und gezeigt, wieviel Prozent der Rückgang des Außenhandels im ersten Halbjahr 1931 gegenüber 1930 betrug. In allen 48 erfaßten Ländern betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 1931 gegenüber 1930 zirka 30 Millionen RM, gegenüber 1929 sogar zirka 50 Milliarden RM. Das sind 28 Prozent gegenüber 1930, während von 1929 zu 1930 der Außenhandelsumsatz nur um 15 Prozent wertmäßig zurückging. Diese starke Abnahme ist zum großen Teil durch die rückläufige Preisentwicklung hervorgerufen. Mengenmäßig ging die Einfuhr von 1930 zu 1931 um 13 Prozent zurück, von 1929 zu 1930 nur 6 Prozent. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre ergibt sich, daß der Welthandel nur noch um einige Prozent über dem Umsatz im letzten Vorkriegsjahre liegt. Bei diesem katastrophalen Rückgange der Außenhandelsumsätze wurden die südamerikanischen Staaten weitaus am meisten betroffen. Deutschland konnte unter dem Reparationsdruck und in der zwingenden Notwendigkeit, möglichst viel Devisen zur Binszahlung und Zurücksahlung der kurzfristigen Schulden zu beschaffen, erreichen, daß sein Außenhandelsumsatz verhältnismäßig wenig zusammenschmolz, besonders auf der Ausfuhrseite. Ob dies aber unter dem Druck des englischen Währungssturzes noch weiterhin möglich ist, dies ist sehr fraglich.

1931 hat sich das französische Produktionsvolumen gegenüber dem Höchststand nur um etwa 15% gesenkt, während der Produktionsumfang in Großbritannien um 30% und in Deutschland und den Vereinigten Staaten sogar um 40% gesunken ist. — Für die ganze Welt ist, ebenfalls nach dem Institut für Konjunkturforschung, der Produktionsindex, 1928 = 100 gesetzt, bis Juli 1931 auf 82,7 herabgeunken. Auch der Welthandel ist entsprechend eingetrumpft.

Die Wirtschaftsschrumpfung, sowohl als nationale wie als internationale Erscheinung, einzudämmen, ist eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit. Das Ziel erreicht man aber nicht durch einen weiteren mechanischen Abbau der Löhne und Gehälter, wie er wohl erstrebt wird. Das führt nur zu einem weiteren Erzeugungsrückgang, der die Schrumpfung und die Arbeitslosigkeit auf die Dauer nur noch vermehren muß. Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen das Verfahren, die Kostensenkung zu einem ganz erheblichen Teil einseitig auf Löhne und Gehälter abzuwälzen, so lange nicht eine solche gründliche Senkung der Preise damit einhergeht, die das Realeinkommen erhält. Auch in einer Krise bleibt für eine Wiederbelebung des Marktes die Erhaltung der Kaufkraft unerlässlich. Es ist deshalb eine dringende Notwendigkeit, daß auch die anderen Bestandteile einer Preisgestaltung, wie Zinsen, Frachten, Tarife usw. eine Senkung erfahren, zumal heute die Herabsetzung der Löhne und Gehälter verhältnismäßig größer ist als die Senkung der Kosten der Lebenshaltung überhaupt.

Wir haben heute die dreifache Tatsache zu verzeichnen, daß erstens in keinem Lande der Welt eine so starke Produktions einschränkung zu verzeichnen ist wie in Deutschland, daß zweitens in keinem Lande der Welt die Preise so wenig gesunken sind wie bei uns, und daß drittens in keinem Lande der Welt die Ausfuhr so wenig zurückgegangen ist wie in Deutsch-

land. — Eben haben wir wieder für den Monat Oktober einen Rekordausfuhrüberschuß von rund 400 Millionen Reichsmark. Aus all diesen Tatsachen, vor allem aber der letzteren, ergibt sich der Schluß, daß der deutsche Binnenmarkt nicht genügend aufnahmefähig ist. So sehr wir zur Abdeckung unserer gesamten Auslandsverpflichtungen von nicht geringer Höhe auf die Erzielung eines erheblichen ständigen Ausfuhrüberschusses angewiesen sind, so gibt es hier doch gewisse Grenzen, insbesondere auch im Hinblick auf die Wirtschaft des Auslandes. Bezeichnend hierfür ist der Cayton-Bericht, das Baseler Gutachten über die deutsche Wirtschaftskrise vom August ds. Js. Während noch im Jahre 1929 Ein- und Ausfuhr in Deutschland sich ausglich, haben wir seit 1930 einen Ausfuhrüberschuß von 1½ Milliarden Reichsmark, der vermutlich auf 3 Milliarden Reichsmark in diesem Jahre steigen wird. Die Baseler Sachverständigen zeigen der Industrie und dem Exporthandel ihrer eigenen Länder, welche Wirkung die deutschen Ausfuhrüberschüsse auf die Dauer für sie haben muß. Sie erklären es „im allgemeinen Interesse für höchst unerwünscht, daß Deutschland gezwungen würde“, eine derartige Ausfuhrpolitik zu treiben. — Damit rückt die Bedeutung des Innenmarktes fast automatisch wieder in die Erscheinung.

Aufblähung und Einschränkung als Zeichen der Bewegung in der Wirtschaft sind untrügliche Beweise dafür, daß die Wirtschaft nichts Statisches ist, sondern ein Organismus, der für die Gesetze organischen Lebens verletzende Maßnahmen und Experimente sehr empfindlich ist, mögen diese nun von innen herkommen oder vom Ausland gegen sie in Bewegung gesetzt werden. Das ist eine bedeutende Lehre, die wir aus den Bewegungen in der Wirtschaft schöpfen sollten, und der wir für die Zukunft unter allen Umständen Rechnung tragen müssen, wenn die Einschränkung durch eigene harte Arbeit und Opfer überwunden werden soll.

B.

Thesen zur Weltwirtschaftskrise.

Eine wahre Schriftenflut setzt sich die Behandlung des Themas Weltwirtschaftskrise zum Ziele. Es ist jedoch noch ein sehr weiter Weg bis zur völligen Erkenntnis der Ursachen und Gründe dieser Krise, die schon so viel Not und Leid über die Menschheit heraufbeschworen hat. Ehrliche Wissenschaftler geben zu, daß die Ursache der Krise noch nicht erkannt sei. Aus all diesen Gründen kann man jeder literarischen Neuerscheinung über die Wirtschaftskrise nur mit Vorsicht und Mißtrauen begegnen. Wenn wir hier trotzdem Bezug nehmen auf ein neues Buch, das den Titel „Die zwölfte Stunde der Weltwirtschaft“, dann veranlaßt uns dazu die Meinung, daß es sich hier um eines der wenigen wertvollen Werke handelt, die Anspruch auf ein tieferes Interesse und größte Beachtung verdienen. Eine Probe auf die Klarheit des Gedankens sei, so sagt der Verfasser, wenn man den Inhalt eines Buches in wenigen Sätzen angeben könne. Dieser Versuch muß bei dem genannten Werk als durchaus gelungen bezeichnet werden, weil die Thesen, die wir demselben entnehmen und nachstehend zum Abdruck bringen, mit zwingender Logik den Kern der ganzen Frage und die Folgen einer falschen Weltwirtschaftspolitik aufzeichnen. Hier der Wortlaut:

1. Von den landläufigen Erklärungen der Wirtschaftskrise reicht keine aus, wie allein schon der Streit unter den Nationalökonomern beweist. Insbesondere die so oft genannte Rationalisierung bietet keine letzte Erklärung, sondern bedarf selbst der Rückführung — die Blamage der „Fehlleitungen“ wäre sonst zu groß.

2. Die von deutscher Seite so häufig vorgebrachte Behauptung, daß die maßgebende Störung des Wirtschaftsgleichgewichts in den Reparationszahlungen gegeben sei, vermag nicht zu erklären, wieso der im Verhältnis zum Weltumsatz geringe Betrag dieser Zahlungen das Vielfache an Krisenverlusten zu erzeugen imstande sei, und erregt darum im Auslande berechtigtes Mißtrauen.

3. Um die Frage zu beantworten, ob zwischen politischen Schulden und Weltkrise ein innerer Zusammenhang bestehe oder nur ein „zufälliges“ Zusammentreffen der Gleichzeitigkeit, sind nicht allein die äußeren Zahlungsverpflichtungen in Betracht zu ziehen, sondern die Gesamtheit der durch den Krieg geschaffenen Verschuldung, also äußere plus innere Verschuldung. Bestünde die

Wirkung der Kriegsverpflichtungen lediglich in der Kaufkraftübertragung von Staat zu Staat, so müßte der empfangende Staat einfach um so viel kaufkräftiger werden als der zahlende ärmer, d. h., der Saldo der Weltwirtschaft müßte konstant bleiben. So war auch die Rechnung von den Gläubigerstaaten gedacht. Warum diese Rechnung nicht eingetroffen ist, warum die Krise nicht auf die Schuldnerstaaten lokalisiert werden konnte, das ist die Frage.

4. Dem produktiven Kapital der Welt aus gesehen sind die von der Kriegswirtschaft her bestehenden Anleihschulden vorgetragene tote Schulden, deren Verzinsung und Tilgung vom lebendigen Produktivkapital aufgebracht werden muß, ohne daß ihnen ein Gegenwert in Gestalt von Investitionen oder dgl. entspricht. Die Verzinsung und Tilgung dieser toten Schulden belastet in Gestalt von Steuern und Zöllen den Güterumlauf der Weltwirtschaft in allen seinen Phasen und macht ihn unrentabel, so daß er sich immer mehr verlangsamt. Der Betrag dieser toten Belastung beziffert sich nach summarischer Schätzung auf 210 Milliarden Goldmark (Stand bei Krisenausbruch 1929). Durch eine tote Belastung von solcher Höhe werden die Krisenverluste und die Schrumpfung der Weltwirtschaft verständlich.

5. Die Kapitalverluste aus der Krise sind Ausscheidungs- oder Zusammenlegungsprozesse, durch die die Wirtschaft kraft des Mechanismus ihrer Selbsterhaltung den Gesamtbetrag des von ihr zu verzinsenden Kapitals mit dem Produktionsertrag in Einklang zu bringen versucht. Da der Bestand des Kriegsschuldenvortrages infolge der Autorität des Staates unantastbar ist, so erfolgt die Minderung an der Stelle des produktiven Privatkapitals. Dieser Ausscheidungsprozeß der Krise (oder „Deflation“) wird, falls von dem Verwalter des Schuldenvortrages, dem Staate, nichts geschieht, so lange dauern, bis das zu verzinsende Kapital, das in den Büchern der Weltwirtschaft steht, mit dem Wert des tatsächlich arbeitenden produktiven Kapitals übereinstimmt.

6. Die Wirkung der toten Last der Kriegsschuldendebitoren beschränkt sich nicht auf die Belastung von Produktion und Konsum mit Steuern und Zöllen. Auf der anderen Seite entspricht ihr eine übermäßige Kapitalneubildung, die durch die Zinsen und Tilgung des Schuldendienstes bewirkt wird. So wird durch die

Weltverschuldung zugleich die Kapitalneubildung, deren Selbstregulierung ein Bestandteil des kapitalistischen Systems ist, und damit die Neuinvestierung aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Folgen sind Kapitalexpport und Fehlinvestierungen.

7. So sind Rationalisierung und die zu ihrer Durchführung erfolgte Kapitalaufnahme ebenso wie die Verschuldung der Kolonialländer bereits Folgeerscheinungen. Die überstürzte Rationalisierung ist zu verstehen betriebswirtschaftlich als der verzweifelte Versuch, die durch Steuern im Übermaß belastete Kalkulation durch Senkung der anteiligen Kosten des Arbeitslohnes wieder rentabel zu machen, das heißt volkswirtschaftlich, aus dem Produktivkapital den Mehrertrag herauszuwirtschaften, der zur Verzinsung der toten Schuldenlast erforderlich ist.

8. Der kapitalistischen Wirtschaft kann ein störungsfreies Funktionieren nur wiedergegeben werden, wenn, wie es dem innersten Wesen des Kapitalismus allein entspricht, Zinsen nur von dem Kapital zu zahlen sind, welchem ein wirklicher Anlagewert in Gestalt festen oder umlaufenden Kapitals im Produktionsprozeß der Wirtschaft entspricht. Zinsen von einem unproduktiv ausgegebenen Kapital zu fordern, nur darum, weil es nach dem privatrechtlichen Schema zinspflichtig geliehen worden ist, ist der Ausdruck eines greisenhaften Rentnerkapitalismus, welcher dem ursprünglichen Wesen des Kapitalismus, welcher einst die Welt erobert hat, durchaus widerspricht.

9. Durch den Rückgang der Weltpreise (oder die Steigerung des Goldwertes) ist der innere Wert der amerikanischen Kriegsanleihen entsprechend gestiegen. Eine Konversion der amerikanischen Freiheitsanleihen ist damit moralisch völlig gerechtfertigt. Würde die amerikanische Regierung diese Anleihen nur um 20 v. H. herunterkonvertieren, also um einen Wert, der unter der Senkung der Weltmarktpreise erheblich zurückbleibt, zugleich ihren Zinssatz entsprechend dem heutigen Weltrentenzinssatz herabsetzen und das jetzt sehr scharfe Tempo der Tilgung etwas ver-

langsam, so könnte sie auf alle Einnahmen aus den Reparationszahlungen für dauernd verzichten, ohne daß darum der amerikanische Steuerzahler auch nur um einen Cent mit Steuern mehr belastet würde.

10. Auf jeden Fall kann die Überwindung der gegenwärtigen Depression nur von den Staatsbudgets aus erfolgen, das heißt also, durch den Gesetzgeber der Gläubigerländer, indem er die gesetzlichen Vorbedingungen dafür schafft, daß die staatlichen Budgets, die jetzt überall über Gebühr aufgebläht sind, eingeschränkt werden, und zwar hat diese Reduktion an dem Posten „Öffentlicher Schuldendienst“ zu erfolgen. Nur durch eine Einschränkung an dieser Stelle kann den breiten Massen die Kaufkraft wiedergegeben werden, die zur Belebung der Konjunktur erforderlich ist.

Ohne alles verwirrende Beiwerk wird in diesen Sätzen die Ursache der Weltwirtschaftskrise gezeichnet und sehr gut begründet. Klar und eindrucksvoll wird der Weg zur Gesundung gewiesen. Nur auf dem Wege eines Kapitalschnittes, also durch eine endgültige und vollständige Beseitigung der Kriegsschulden wird die aus den Fugen gegangene Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden können. Genau so wie es ein Übel ist, den Kapitaldienst für verlorene Werte dauernd aufrecht zu erhalten, ist es widersinnig, den Kriegsschuldendienst zu verewigen. Tatsächlich leidet, um mit dem Verfasser zu reden, die Welt unter dem zusätzlichen Kapital der Kriegsschulden, bedeutet also eine Festlegung unproduktiven Leihkapitals. Wird aber das Leihkapital festgehalten, so bedeutet das einen Schwund des produktiven Kapitals. Die daraus resultierende Wirkung ist die sehr schmerzlich empfundene Wirtschaftsschrumpfung in allen Ländern.

Landstraße.

Meilenstein um Meilenstein ließ ich hinter mir, und grau und staubig, endlos dehnt sich die Landstraße vor mir — endlos grau. Kennst du den Rhythmus des Blutes, den diese graue Endlosigkeit in einem Sonnebruder auslöst?

Kraftlos, willenlos, mit wunden Füßen und zitternden Knien schleppe ich mich die Straße entlang — die Straße entlang — die Straße, die Straße — und das Wort formt sich im Munde zu einem Fluch. Der Baumstrunk erscheint als Frage, und der Weidenstumpf, der schwarz und knorrig ins helle, gelbe Abendlicht ragt, wird zur Krallenhand, die gierig nach dem fernen Horizont greift.

Straße — Straaaaaße — Laaandstaaaaaße!

Fühlst du, wie das Wort sich dehnt, lang, endlos lang wie die Straße selbst — und ich wandere darauf. Monate schon —, gestern, heute, morgen. In Jahren?

Ich gehe einsam. Vor mir gingen viele, Hunderte, Hunderttausende denselben Weg —, und nach mir folgen sie in Scharen — wanken, müde, zerseht, hungrig, freudlos — auf grauer Straße — verderben — sinken und verderben —, denn die Straße birgt Schmutz — sterben — verenden.

Wann? — Wo? — Wie?

Und nachts die Äsp! Holzpritschen. Wenn man morgens erwacht, ist man benommen im Kopf, das Gehör taub gelegen. Die Luft ist stinkend, zum Schneiden dick. Und der Mensch tierisch, ganz Tier — schamlos in Wort und Tun.

Ah! Ekel würgt einen oft vor dem ganzen Dreck, vor sich selbst, und doch — man kann nicht heraus aus dem Sumpf. Wie Pech klebt das alles an einem —, und dann liebt man das doch alles wieder.

Man liebt die Gemeinheit, man wühlt in Gedanken darin, formt die Zote genießend mit Lippen und Zunge — und — und denkt: Das ist mein einziger Besitz, noch habe ich ein Anrecht darauf, noch — auf mich. Nachtschl — Läuse und Gemeinheit!

Man sinkt, sinkt und sinkt. Man will sich retten — am Anfang noch retten. Wie ein Irre greift man um sich, sucht Halt —, die Finger krallen ins Leere!

Ungezählten geht das so. Viele wollen wieder aufwärts. Viele ringen um eine Heimat, anfangs. Doch die meisten sinken hilflos, — werden zum Penner. Der sucht im Schnaps Vergessen —, im Rausch fühlt er sich als Mensch, nüchtern als Tier, als Abschaum, enterbt.

Penner! Wie bodenlos gemein ist das Wort. Es birgt alle Ehrlosigkeit, alle Schamlosigkeit in sich.

Penner — Kloake, Nachtschl.

Verachtet von allen Menschen, selbst vom Kinde.

Ein Pen—ner!

Von den Türen mit Worten, die wie Peitschenhiebe treffen, weggejagt! Jenseits der Menschen.

Weißt du nun, was Landstraße heißt?

Noch nicht! Nein! Nie wirst du es wissen, was es heißt, Penner zu sein, zu walzen Tag für Tag, Straße um Straße, immer, Land ein, Land aus — es sei denn, daß das Schicksal auch dich einmal zum Penner herabzerret!

Wenn man nicht betteln kann, wenn man sich noch schämt und deshalb bei einem Bauern um Arbeit bittet und mit dem Hund vom Hof gejagt wird, so ist das noch nicht das Schlimmste.

Wenn man in einer Stadt vergebens von Haus zu Haus geirrt ist mit der Bitte um ein Stück Brot, und wenn man dann seine letzte Zuflucht in einem reichen Hause sucht, und wenn einem die Frau Baronin eine Suppe vorsetzt und in der Zwischenzeit einen Schupo ruft, damit der gewichtig seines Amtes walten kann, so ist das eine so gemeine Handlung, wie sie vielleicht kaum ein Penner zuwege bringt. Doch das Schlimmste ist auch das nicht!

Das Schlimmste ist, daß die Seele stirbt — langsam — ganz langsam.

Den Bauern und Reichen kann man anfangs noch hassen — doch die Seele stirbt. Todeszuckungen in der Brust —, und stumpf — mit ausgebranntem Hirn wankt man durch den Tag. Selbst der Haß erstirbt.

Der Trieb erwacht, stark und stärker. Instinkt nach Fraß! Man handelt und weiß nicht warum. Hemmungen allenthalben. Man leht, etwas ist in einem erstorben. Man weiß nicht was. Man leht und ist tot, irrt umher und fragt sich mit geheimer Angst: Bist du's? Bist du's wirklich? Dann geht man Klinken putzen und veräußt die paar Groschen — aus Angst, aus letzter Seelenangst. Todeszuckungen — Schnaps!

Am andern Morgen erwacht man irgendwo im Chaussee Graben oder auf einer Polizeiwache. Schwer ist der Kopf, grau die Landstraße. Und das Lied beginnt von neuem!

Straße, Straße, Nachtschl und Penner — Kloake — Schnaps!

(Vorliegendes Kapitel entnehmen wir mit freundlicher Erlaubnis des Verlags Serder, Freiburg, dem Werk „Von Stromern und Bagabunden“ von Stephan Berghoff.)

Rundschau.

Unbeachtetes Heldentum! Ob irgendein Fußballmatch, gleichgültig, ob er zwischen Dörfern, Landsmannschaften oder Nationen ausgetragen wurde — zehntausende Menschen in Sportanlagen zum Taumel der Begeisterung hinreißt, ob ein sensationslüsternes Publikum den brutalen Faustkampf halbnaakter Männer im Bogerring bejubelt oder durch infernalisches Geheul die Fahrer eines Sechstagerrennens zu Rekordleistungen anspornt, ob dem tollkühnen Versuch einer Ozeanüberquerung durch Flugzeug oder Luftschiff, mittels Klepperboot oder Segelboot die Presse oder das Volk frenetischen Beifall zollt — immer ist eine maßlose Verherrlichung der Leistung und eine damit verbundene Vergötterung des oder der „Helden“ der Grund all des Spektakels, der zudem meist einer besseren Sache würdig wäre. Dabei ist wahres Heldentum so selten geworden in der Welt, Heldentum, das nicht selbstsüchtig, kleinlich oder neidisch ist. So mancher der gefeierten Helden würde klein und unscheinbar, wenn er statt im Rampenlicht des großen Theaters im Zwielicht des grauen Werktags sein Heldentum beweisen müßte. Der Zeitungsdiens der Dela (Vereinigung leitender Angestellter) macht anlässlich eines peinlichen Vorfalls zwischen Ozeanfliegern folgende treffende Bemerkung:

„Es gibt Helden, Heldentümliches und hoch zu Ehrenendes in der Luft wie auf und unter der Erde. Gewiß soll man sich der Rettung der drei aus schwerster Gefahr wunderbar bewahrter Männer freuen. Und daß sie, in ihrer Aufschale auf dem Ozean treibend, den Mut nicht sinken ließen, verdient Anerkennung. Aber es ist schließlich doch auch wohl nicht heldenhafter als die Unverzagtheit, die dieser oder jener Bergmann gezeigt hat, der tagelang verschüttet war und den die Kameraden dann, meist mit Einsetzung ihres eigenen Lebens, ausgruben! Und es ist wohl auch nicht heldenhafter als so manche wackere Tat irgendeines schlichten Mannes in der Fabrik, der, und koste es sein Leben, seinen Arbeitsgenossen von einer Stelle fortreißt, wo der Tod lauert. Ob das nun der Hilfsarbeiter oder der Meister oder der Betriebsleiter ist — in all solchen Dingen umgibt sie ein wundervoll festes Band der Treue, der Kameradschaft; des Sichaufeinanderverlassens können. (Sperr. d. die Red.) Von all diesen großen und kleinen Heldentaten bei der Arbeit kündigt alle paar Jahre einmal eine Zeitungsnotiz; sie selbst aber, diese Helden der Arbeit, machen am allerwenigsten „Ansprüche“ von ihrem Tun und ihren Taten. Und es wäre hübsch und gerecht, wenn das Publikum mit der Verleihung des Titels ‚Held‘ etwas sparsamer umginge. Es muß ja allgemein gespart werden; sparen wir auch etwas an — großen Worten!“

Berechnungsgrundlage des Lebenshaltungsindex ist unzutreffend: Seit der Inflationszeit hat man den Lebenshaltungsindex, d. h. die Merzkiffer für die Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit, wenig mehr beachtet —, bis die Welle des Lohn- und Gehaltsabbaus begann. Der Abbau beruht oft auf das Absinken der Indexziffer für die Lebenshaltung. Aber von diesem Sinken der Lebenshaltungskosten, das die Indexziffer meldet, merkt man im eigenen Haushalt zu wenig. Wie kommt das? Was ist denn überhaupt mit der Indexziffer? Wie entsteht sie? So fragt man.

In der „Dossischen Zeitung“ (Nr. 544) wird der Lebenshaltungsindex einmal in sehr interessanter Weise näher untersucht, und siehe da, er muß als sehr umstritten betrachtet werden. K. Ock, der Verfasser des Aufsatzes sagt u. a.:

„Dieser Index, der monatlich vom Statistischen Reichsamt herausgegeben wird, hat sich aus der im Februar 1920 aufgenommenen Teuerungstatistik für das Deutsche Reich entwickelt. Die Stabilisierung der Währung machte damals eine Verfeinerung des Index notwendig. Er sollte nicht nur die Teuerung messen, sondern die gesamte Lebenshaltung ziffernmäßig festlegen. Dazu brauchte man eine Indexziffer, die möglichst alle Gegenstände des täglichen Bedarfes umfaßte. Die Kosten für Ernährung, Heizung, Wohnung und Beleuchtung sowie Bekleidung reichten dazu nicht aus. Das Resultat einer Reform war schließlich ein Index, der sich aus sechs Abteilungen zusammensetzte: aus Ernährung (54,77 Prozent), Wohnung (20,35 Prozent), Heizung und Beleuchtung (5,55 Prozent), Bekleidung (10,05 Prozent), Verkehr (3,07 Prozent) und sonstigem Bedarf (6,21 Prozent). Nach diesem Schema wird der monatliche Lebenshaltungsindex seit dem Jahre 1925

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 6. Dezember bis 12. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die vollgelebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahreschluß nach Köln eingesandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren herausgestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahreschluß die zum Umtausch eingesandten Mitgliedsbücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahreschluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingesandt werden. Die Einsendung soll von den Zahlstellen der nachbenannten Gaubezirke erfolgen in der Zeit:

Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,
Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,
Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.
Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Taschenbuch 1932.

Unser Taschenbuch 1932 ist erschienen, und zwar wiederum für unsere Mitglieder zum Preise von 0,50 RM. Sammelbestellungen durch unsere Zahlstellen können schon jetzt bei der Zentrale erfolgen.

zusammengesetzt. Inzwischen ist auch das Statistische Reichsamt zu der Einsicht gekommen, daß eine Reform dieses unzulänglichen Index-Systems dringend notwendig ist.“

Der Aufsatz sagt dann weiter, ein allgemein gültiger Lebenshaltungsindex sei schwer aufzustellen, denn alles auf Erden sei statistisch zu erfassen, nur nicht die Lebensbedingungen und -gewohnheiten. Siehe nur die Verschiedenheiten im Haushalt des Arbeiters, des Angestellten, des Beamten usw.! Am ehesten wären vielleicht die einzelnen Bestandteile der Lebenshaltungsziffer noch auszuwerten. Aber im jetzigen Index seien die einzelnen Quoten nicht mehr haltbar. Mit Recht betont der Verfasser beispielsweise:

„Die Mietquote im bisherigen Lebenshaltungsindex trifft bestimmt nicht mehr zu. Sie beansprucht laut Index von der gesamten Lebenshaltung gut ein Fünftel des Einkommens. Das dürfte sogar kaum noch bei den Familien der Fall sein, die im Besitze einer billigen Altwohnung sind. Wenn auch dort die Miete nicht so erheblich gestiegen ist wie vielleicht viele andere Ausgaben, so darf man doch nicht übersehen, daß es sich um einen stabilen Kostenfaktor handelt, der in umgekehrtem Verhältnis zum Abbau des Einkommens wächst. Rechnet man dazu noch die Ausgaben von Heizung und Beleuchtung, die eine gewisse Elastizität aufweisen, so bleibt noch immer ein erheblicher Betrag fester Kosten, deren weitere Senkung von den Maßnahmen der Regierung für den Preisabbau abhängt. Wesentlich anders sieht es aber bei einer Neubaubewohnung aus. Der Anteil der Miete an Einkommen ist erheblich höher. Teilweise gehen die Mieten bis zu einem Drittel, vereinzelt bis zur Hälfte des Einkommens.

Man wird K. Ock zustimmen müssen, wenn er es als unmöglich erklärt, diese von Grund aus verschiedenartigen Faktoren durch irgendwelche Prozentfäße auf einen Durchschnittsnenner zu bringen. Wenn der Artikel der „Dossischen Zeitung“ mit der Bemerkung schließt:

„Man sollte einmal den Vorschlag prüfen, zwei Indizes aufzustellen, in denen eine grundsätzlich andere Berücksichtigung und Wahrung der einzelnen Faktoren erfolgt. Dieser Weg würde zwar Mehrarbeit verursachen, aber wenigstens eine größere Zuverlässigkeit beanspruchen können. Sonst ist es schon besser, man begnügt sich mit sogenannten Teuerungszahlen, wie sie jede Preisstatistik in jeder gewünschten Zuverlässigkeit zu bieten vermag.“

So wird man die Erprobung eines solchen Vorschlages nur begrüßen können!

Ireführende Lebenshaltungstatistik. Der Teuerungsinde hat sich auch im Monat Oktober gesenkt. Das Reichsstatistische Amt gibt über die Entwicklung folgenden Bericht:

„Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und »Sonstiger Bedarf«) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 133,1 gegenüber 134,0 im Vormonat, der Rückgang beträgt somit 0,7 Prozent. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,2 Prozent auf 123,4, für Bekleidung um 1,2 Prozent auf 134,2 und für »Sonstigen Bedarf« um 0,4 Prozent auf 182,5. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,9 Prozent auf 148,8 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milchzeugnisse sowie Gemüse zurückgegangen. Dagegen sind die Preise für Eier weiter gestiegen; auch die Preise für Brot haben im Reichsdurchschnitt etwas angezogen.“

*

Über die Entwicklung des Teuerungsindex' seit Oktober 1929 geben wir folgende Übersicht:

	1929	1930	1931
	(immer Oktober, 1913 = 100)		
Gesamtindex	153,5	145,4	133,1
Ernährung	153,8	139,5	123,4
Bekleidung	170,8	158,6	134,2
Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	192,2	192,7	182,5
Heizung und Beleuchtung	152,6	153,5	148,8
Wohnung	126,5	130,7	131,6

Der Rückgang des Teuerungsindex' beruht in erster Linie auf den Ernährungs- und Bekleidungskosten. Der Index enthält aber äußerst starre Faktoren, wie die Verkehrskosten, die Kosten für Wohnung, Beleuchtung und Heizung, die sich äußerst widerstandsfähig zeigen. Das erklärt sich aus den gebundenen Preisen, so die Festlegung der Miete auf einen sicherlich überhöhten Stand, die hohen Verkaufstarife und die hohen Kohlenpreise: Wenn man hier nicht zu einem Abbau der Preise kommt, ist anzunehmen, daß der Lebenshaltungsindex sich nur noch unwesentlich verändern kann. Den Kräften, die den Index nach unten drücken, stehen starke Gegenkräfte gegenüber. Hinzu kommt, daß der Teuerungsindex keine Angaben über die Steuern enthält, die bekanntlich in diesem Jahr durch die Einführung der Krisensteuern und der Bürgersteuern eine gewaltige Erhöhung erfahren haben. Auch die erhöhten Kassenbeiträge werden in den Indexzahlen nicht berücksichtigt. Die Senkung der Lebenshaltungskosten wird durch diese Ausgaben so gut wie völlig wieder aufgehoben. Deshalb ist auch ein Ausgleich von Lohnkürzungen durch Preissenkungen nach Lage der Dinge nicht möglich.

Zollmauern überall! Die notleidende Welt hat viele schöne Worte und Aufrufe zu einer internationalen Zusammenarbeit als Mittel zur Überwindung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten vernommen. Die Antwort der Staaten auf diese wohlklingenden Reden ihrer Politiker fällt allerdings wieder einmal wesentlich anders aus. Vom Gegenteil einer internationalen Lösung, nämlich vom Hochschießen eines nackten wirtschaftlichen Nationalismus, erleben wir in diesen Tagen einige Proben.

Das klassische Land des wirtschaftlichen Freihandels, England, geht soeben im Eilmarsch zu einem ausgeprochenen wirtschaftlichen Nationalismus über. Nach dem Sieg der Konservativen ist dieser Umschwung in der englischen Wirtschaftspolitik erfolgt. Übergangszölle, die vorerst zwar nur auf sechs Monate berechnet sind, zeigen dies deutlich. Sie sind der Auftakt zur Errichtung einer allgemeinen Zollmauer, mit der sich Großbritannien von der Welt wirtschaftlich abriegelt. Man will den radikalen Umschwung bemänteln und beschönigen, wenn der englische Handelsminister erklärt, England müsse sich auf diese Weise gegen abnorm große Einfuhr aus dem Auslande schützen. Dabei wird die englische Zollerhöhung zu einem direkten Einfuhrverbot und einer Einfuhrsperre. Von der Pfundentwertung versprach sich England eine Steigerung seiner Ausfuhr, aber das Gegenteil, nämlich gesteigerte Einfuhr, trat ein. Das führt die englische Regierung zu der Maßnahme beschleunigter Zollabriegelung, die letzten Endes dazu führen wird, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der übrigen Länder, darunter auch die Deutschlands, zu erhöhen.

Im faschistischen Italien geht man gar zu einem direkten Boykott gegen ausländische Waren über. Der Vorstand der gesamten faschistischen Konsumgenossenschaften, dessen Beschlüsse im Rahmen der korporativen Wirtschaft verbindlich sind, hat eine einem Boykott sämtlicher ausländischen Erzeugnisse gleichkommenden

Tagesordnung angenommen. Konsumgenossenschaften, die ohne dringende Notwendigkeit ausländische Erzeugnisse verkaufen, werden wegen ungenügender Pflichterfüllung gegen die Nation aus dem Verbands ausgeschlossen. Das ist wirtschaftlicher Nationalismus in Reinkultur.

Gleichfalls wehrt sich Holland gegen Einfuhr, besonders gegen die aus Ländern mit entwerteter Währung. Da Waren aus diesen Ländern billiger sind als die heimischen Erzeugnisse, sucht Holland sich durch Erhebung eines Einfuhrzolls, der zunächst für ein Jahr vorgesehen ist, zu sichern. Auch Frankreich wehrt sich gegen Einfuhr aus Ländern mit erschlüsselter Währung.

Wir sehen also verschlossene Türen überall.

Der Bauer hat recht! Folgende zutreffende Sätze schrieb kürzlich ein Landwirt in einer angesehenen Tageszeitung:

„Während die Erzeugerpreise auf dem Lande einen offensichtlichen Tiefstand aufweisen, bleiben gleichwohl die Verbraucherpreise in der Stadt unverhältnismäßig hoch. Hierdurch wird die Lage der Landwirtschaft weiter erheblich erschwert. Einerseits wird durch die hohen Verbraucherpreise eine Mißstimmung gegen die Landwirtschaft erzeugt, da der Städter allzuleicht geneigt ist, für hohe Lebensmittelpreise in erster Linie die Landwirtschaft verantwortlich zu machen. Andererseits tragen die hohen Preisspannen in der Stadt wesentlich dazu bei, die Abfallkriege zu verschärfen; bei geringeren Preisspannen in der Stadt würde die Kaufkraft der Verbraucher gestärkt, die Nachfrage gesteigert und damit der Absatz landwirtschaftlicher Produkte erleichtert.“

Die deutsche Landwirtschaft verkauft jährlich für ungefähr 9 Milliarden Reichsmark Produkte, wofür der letzte Verbraucher ungefähr 18 Milliarden Reichsmark bezahlen muß. Demnach wäre der Anteil der Landwirtschaft an den Kleinhandelspreisen mit etwa 50 Prozent anzunehmen. Bei manchen landwirtschaftlichen Produkten beträgt die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen weit über 100 Prozent. Die Zwischenpanne weist häufig einen wesentlich höheren Betrag auf, als der Bauer für sein Produkt erhält. Mit Recht kann der Bauer kein Verständnis dafür aufbringen, daß er für sein unter hohen Kosten und vielen Mühen erarbeitetes Produkt weniger bekommen soll als derjenige, der das Produkt nur zur Verteilung bringt.

Das außergewöhnliche Spannungsverhältnis zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen läßt darauf schließen, daß der Verarbeitungs- und Verteilungsapparat bei uns nicht in Ordnung und zweifellos zu teuer ist. Hinzu kommt die Überzeugung des Handels. Nach der Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten hat der Einzelhandel allein von 1928 bis 1929 um rund 1300 Mittelbetriebe (mit mehr als fünf Arbeitnehmern) und um rund 40 000 Personen zugenommen. Beachtlich ist ferner besonders auch die Zunahme des wilden Handels, der sich zumeist aus ungeschulten und vielfach unreellen Elementen zusammensetzt. Da auch die vergrößerte Konkurrenz nicht zu einer Preissenkung führt, muß man annehmen, daß der Fehler im System liegt, daß das System eben zu teuer und zu wenig rationell ist.“

Wohlfahrtskosten. Nach einer im Mai dieses Jahres in der Zeitschrift „Eugenik“ erschienenen Veröffentlichung hat die öffentliche Fürsorge dauernd zu unterstützen:

100 000 erblich Geistesranke,
60 000 erblich Schwachsinnige,
60 000 Fallsüchtige,
400 000 Psychopathen und Fürsorgezöglinge,
52 000 Krüppel (Geburtskrüppel),
15 000 Taubstumme,
13 000 Blinde,
200 000 Trinker,
1 200 000 klinisch Tuberkulöse.

Das sind 8—10% aller Deutschen zwischen 16 und 45 Jahren! Die Fürsorgekosten betragen rund 3½ Milliarde Reichsmark. Nicht eingegriffen sind in dieser Summe die in der Sozialversicherung aufgewandten Beträge. Ebenso wurde die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge nicht berücksichtigt, und außer Ansatz bleiben natürlich die Aufwendungen der freien Liebestätigkeit.

Berücksichtigt man nicht nur die Pflegefälle, die für diese Hilfsbedürftigen bezahlt werden, sondern auch den sonstigen Anstaltsaufwand, so entsteht durchschnittlich ein Tageskostensatz von 4,10 bis 4,80 RM pro Person. So kostet z. B. der Krüppel 6,— RM pro Tag, der Blinde 4,— RM pro Tag, der Taubstumme 6—6,50 RM pro Tag, der Geistesranke 4—4,50 RM pro Tag, der Fürsorgezögling in

Preußen in den staatlichen Erziehungsanstalten im Durchschnitt 4,85 RM pro Tag, in der Provinz Hannover 7,20 RM pro Tag, in Berlin 6,87 RM pro Tag, in der Rheinprovinz 6,04 RM pro Tag.

Wenn man dabei bedenkt, daß einer unterstützten sechsköpfigen Familie in Köln bis Oktober 55 Pfg. pro Tag und Kopf nach Abzug der in den Unterstützungsjahren eingerechneten Mietanteile zur Verfügung steht, so wären diese Ausgaben zur Wiedergesundung der Familien besser angewandt, desgleichen zur Gesunderhaltung der Familien.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Armenrecht und Notverordnung.

Von Justizoberinspektor Karl Fuchs, Neuß.

Heute hat aber nicht mehr jedermann das nötige Geld, um einen Prozeß anstrengen oder sich auf eine Klage einlassen zu können. Da kommt ihm der Staat helfend entgegen, denn er will, daß arm und reich den gleichen Schutz des Gesetzes genießen. Deshalb befreit er, wenn es angebracht ist, die arme Partei von Zahlung der Kosten. Der Staat ist nun aber, wie wir alle wissen, selbst arm. Er hat deshalb die Verpflichtung, insbesondere dem Steuerzahler gegenüber — auf dessen Kosten die Partei doch letzten Endes den Prozeß führt —, einen strengen Maßstab an die Bewilligung des Armenrechts anzulegen und keinen Mißbrauch zuzulassen.

Anspruch auf das Armenrecht hat nach der Zivilprozeßordnung, wer nicht in der Lage ist, die Kosten des Prozesses zu zahlen, ohne daß die Familie in ihrem notwendigen Unterhalt beeinträchtigt wird. Ferner ist Bedingung, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung (durch den Kläger) oder die Rechtsverteidigung (durch den Beklagten) „nicht mutwillig oder aussichtslos“ ist. Diese letztere Voraussetzung hat durch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 eine erhebliche Verschärfung dahin erfahren, daß nunmehr verlangt wird, daß der Prozeß „Aussicht auf Erfolg bietet“. Das Armenrecht ist grundsätzlich zu versagen, wenn die Prozeßführung mutwillig ist. Als mutwillig ist sie insbesondere dann anzusehen, wenn anzunehmen ist, daß eine nicht das Armenrecht beanspruchende Partei bei verständiger Würdigung aller Umstände des Falles (zu denen auch die für die Beitreibung des Anspruchs bestehenden Aussichten gehören) von einer Prozeßführung absehen oder vorsichtshalber nur einen Teil der Forderung geltend machen würde. Während sich das Gericht bisher mit der bloßen Angabe der Beweismittel zufrieden geben konnte, hat es jetzt die Aussichten der Partei in dem Prozeß eingehender vorzuprüfen und kann eine Glaubhaftmachung der tatsächlichen Angaben fordern; es soll ferner regelmäßig vor der Bewilligung des Armenrechts den Gegner hören und sonstige notwendige Erhebungen anstellen. Hierdurch wird ein Versuch, mit der Erlangung des Armenrechts Mißbrauch zu treiben, erheblich erschwert, nicht zuletzt zugunsten des Gegners der armen Partei, der durch die Klage gezogen wird, sich auf seine Kosten auf einen Prozeß einzulassen.

Das Gesuch um Bewilligung ist bei dem Prozeßgericht anzubringen. Es ist zu beachten, daß durch die oben genannte Notverordnung die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte wiederum erhöht worden ist, und zwar auf RM 1000,—. Der Antrag kann schriftlich eingereicht werden unter Beifügung der Bescheinigung der örtlichen Kommunalbehörde, daß der Antragsteller arm ist (Armutszugnis); er kann auch zu Protokoll des Urkundsbeamten der gerichtlichen Geschäftsstelle erklärt werden. In rechtlich schwierig liegenden Fällen, in denen es besonders darauf ankommt, das Parteivorbringen klar und erschöpfend darzustellen, damit das Gericht in der Lage ist, die Schlüssigkeit der Klagebegründung zutreffend zu beurteilen, wird es sich empfehlen, die bei fast allen größeren Gerichten eingerichteten Rechtsantragstellen aufzusuchen, um die kostenlose Hilfe des dort tätigen Beamten des oberen Justizdienstes in Anspruch zu nehmen.

Die Wirkung des Armenrechts. Durch die Bewilligung des Armenrechts erlangt die Partei die einstweilige Befreiung von Zahlung der Gerichtskosten, Gebühren und Auslagen, Stempel-, Steuer- und Gerichtsvollziehergebühren. In Prozessen mit Anwaltszwang, also in erster Linie vor dem Landgericht, wird der armen Partei auf Staatskosten ein Rechtsanwalt beigeordnet; auch in Prozessen vor dem Amtsgericht kann in schwierigen Fällen, in denen das Gericht es für notwendig hält, ein Rechtsanwalt beigeordnet werden. Die Bewilligung des Armenrechts hat jedoch keinen Einfluß auf die Verpflichtung zur Erstattung der dem Gegner erwachsenden

Nach angestellten Berechnungen kann für die „Dollperson“ pro Tag im Durchschnitt ausgegeben werden im Arbeiterhaushalt 2,51 RM, im Angestelltenhaushalt 3,60 RM und im Beamtenhaushalt 4,— RM. Im Hinblick auf die bereits erfolgte Einkommensenkung in den genannten Arbeitnehmergruppen, die ja täglich weitere „Fort Schritte“ macht, dürften die angegebenen Zahlen schon geringer sein und damit die Differenz zwischen Aufwendungen für Lebenshaltung aus Arbeit und den Fürsorgekosten noch erheblich größer werden. Eine nachdenkliche Sache!

Kosten, die arme Partei hat vielmehr, wenn sie unterliegt, die Kosten zu erstatten. Die zum Armenrecht zugelassene Partei ist ferner zur Nachzahlung der Beträge, von deren Berichtigung sie einstweilen befreit war, verpflichtet, sobald sie hierzu imstande ist. Das wird jedoch gerade heute in sehr seltenen Fällen zutreffen.

Für eine arme Partei, die nicht im Bezirk des Prozeßgerichts wohnt, und der billigerweise die Reisekosten zur Wahrnehmung des Termins am Sitz des Gerichts nicht zugemutet werden können, sieht das Gesetz die Beordnung eines Vertreters vor. Von dieser Befugnis wird besonders häufig in Arbeitsgerichtssachen sowie in Unterhaltssachen Gebrauch gemacht. Als Vertreter kann ein Justizbeamter, der nicht als Richter angestellt ist, bestellt werden, oder ein Rechtskundiger, der die vorgeschriebene erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat (Referendar). Die Parteivertretung, zu der fast ausschließlich (neben Referendaren) die Rechtspfleger herangezogen werden, beschränkt sich zwar theoretisch auf die Wahrnehmung der Rechte der Partei in der mündlichen Verhandlung, kann aber tatsächlich nur dann sachgemäß durchgeführt werden, wenn sie sich auch auf die Vorbereitung der Verhandlung erstreckt. Diesem Gesichtspunkt trägt der Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung insofern Rechnung, als er die Beschränkung der Vertretungsbefugnis auf die mündliche Verhandlung fallen läßt.

Das Armenrecht kann entzogen werden, wenn sich ergibt, daß die Voraussetzung der Bewilligung nicht mehr vorhanden ist, wenn also z. B. die arme Partei Vermögen erwirbt, oder wenn sich nach Erhebung von Beweisen herausstellt, daß der Prozeß aussichtslos ist.

Gegen den Beschluß, durch den das Armenrecht bewilligt wird, findet kein Rechtsmittel statt, der Beschluß, durch den das Armenrecht verweigert oder entzogen wird, kann mit der Beschwerde angefochten werden. Nach der Verordnung vom 6. Oktober 1931 ist gegen einen die Bewilligung des Armenrechts versagenden Beschluß des Beschwerdegerichts eine weitere Beschwerde ausgeschlossen.

Das Lebensalter im Spiegel des Rechts.

Von Justizoberinspektor Karl Fuchs, Neuß.

(Die mit C bezeichneten Rechtsprüchwörter wurden C o h n, Das bürgerliche Recht in Sprüchen, entnommen; mit L: L o b e, Deutsche Rechtsprüchwörter.)

Eine Volksgemeinschaft kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn das Zusammenleben bis ins einzelne geregelt ist. Die notwendige Ordnung zu schaffen und zu erhalten, ist die Aufgabe des Rechts, und so begleitet denn auch das Gesetz den Menschen von der Wiege an und verläßt ihn erst wieder am Grabe. Der Sachsen-Spiegel (das um das Jahr 1215 entstandene deutsche Rechtsbuch) unterschied vier Altersstufen:

- unter 12 Jahren = binnen seinen Jahren;
- unter 21 Jahren = binnen seinen Tagen;
- über 21 Jahren = zu seinen Tagen gekommen;
- über 60 Jahren = über seinen Tagen.

Bei unserm heutigen verwickelten Rechtszustande ist eine solche einfache Eingliederung der heranwachsenden Menschen unter das Gesetz nicht mehr möglich, und so finden wir die verschiedensten Altersstufen, von denen einige der wichtigsten nachstehend aufgeführt sind.

270 Tage vor der Geburt beginnt die Erbfähigkeit. „Dem Kinde, das noch nicht geboren, gehn seine Rechte nicht verloren.“ (L)

Mit der Geburt beginnt die Rechtsfähigkeit, d. h. die Fähigkeit, selbständiger Träger eigener Rechte und Verpflichtungen zu sein.

Mit sieben Jahren wird ein Kind beschränkt geschäftsfähig. „Rechtsvorteil erlangen kann der Minderjährige ohne Bängen, gibt's aber etwas zu verlieren, muß der Vertreter konsentieren.“ (C)

Es beginnt die Haftung für angerichteten Schaden, wenn die zur Erkenntnis der Verantwortung erforderliche Einsicht vorhanden war, denn nur: „Kinder unter sieben Jahr, sind von jeder Haftung bar.“

Mit 12 Jahren kann das Kind nicht gegen seinen Willen in einem anderen Religionsbekenntnis erzogen werden.

Mit 14 Jahren entscheidet es selbst darüber, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Es beginnt die beschränkte Strafmündigkeit gemäß dem Jugendgerichtsgesetz. Zur Annahme an Kindes Statt ist die Einwilligung des Kindes erforderlich.

Mit 16 Jahren. „Ist ein Mädchen 16 Jahr, kann es treten zum Altar.“ (L)

„Jedoch die minderjährige Maid wird ohne Vaters Willen nicht gefreit.“

„Mit des 16. Jahres End darfst Du machen Dein Testament.“ (L)
„Wer der Mutter Lieb genossen, erhalte auch der Liebe Sprossen, eine einzige Liebesnacht 16 Jahre Kosten macht.“

Mit 16 Jahren wird man eidesmündig, d. h. man erlangt die Fähigkeit, vor Gericht als Zeuge eidlich vernommen zu werden.

Mit 18 Jahren. „Wenn Du es wünschst und 18 alt, nimmt Dich der Richter aus der Gewalt; wenn es aber der Vater wehrt, wirft Du nicht für mündig erklärt.“ (L) — Der Schutz des Jugendgerichtsgesetzes hört auf. — Eine Überweisung zur Fürsorgeerziehung findet in der Regel nicht mehr statt. — Männliche und weibliche Arbeitnehmer sind berechtigt, zum Betriebsrat zu wählen. — Für den einem andern zugefügten Schaden ist man voll verantwortlich.

Mit 20 Jahren erlangt man das Recht, zum Reichstag und zum Landtag zu wählen.

Mit 21 Jahren ist das Kind „zu seinen Tagen“ gekommen. Es tritt die Volljährigkeit ein und damit die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit und die Ehemündigkeit des Mannes. „In den Ocean schiffte mit tausend Masten der Jüngling, still auf gerettetem Boot treibt in den Hafen der Greis.“ (Schiller)

Mit 24 Jahren kann ein Arbeitnehmer zum Mitglied des Betriebsrats gewählt werden.

Mit 25 Jahren kann man Reichstagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter und Beisitzer des Arbeitsgerichts (Arbeitsrichter) werden.

Mit 30 Jahren kann man als Schöffe, Geschworener, Handelsrichter und Beisitzer des Landesarbeitsgerichts berufen werden.

Mit 35 Jahren kann „jeder“ Deutsche nach der Reichsverfassung vom ganzen deutschen Volk zum Reichspräsidenten gewählt werden.

Mit 50 Jahren. „Wahlkindsjacht ahmt der Kindsjacht nach, wer 50 Jahr und kinderlos, setzt fremdes Kind auf seinen Schoß.“ (L)

Mit 60 Jahren ist man „über seine Tage“ gekommen. „Greise zwingt man nicht zur Vormundschaft.“ (C)

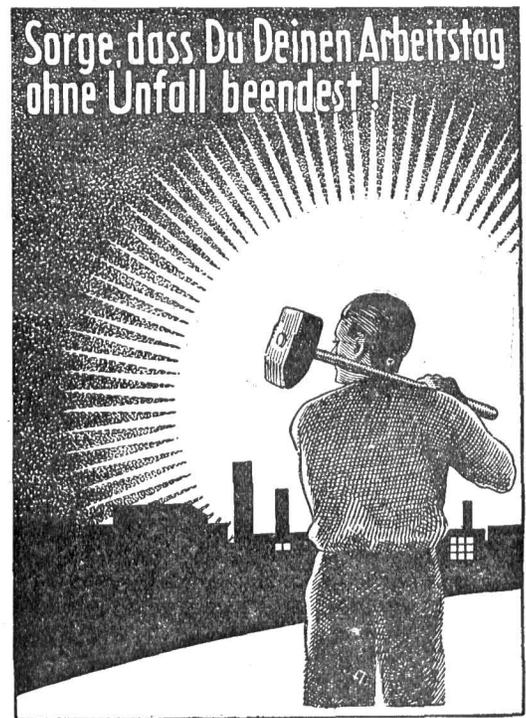
Wer 65 Jahre alt ist, kann das Amt des Schöffen und Geschworenen ablehnen.

Mit dem Tode endet die Rechtsfähigkeit, die vermögensrechtlichen Verhältnisse bleiben in dem Zustande bestehen, den sie seit des Todes hatten. „Sterben, macht Erben.“ (C)

Lieber zuviel als wenig Vorsicht!

Unfallverhütung bedeutet nicht nur Schutz des eigenen Lebens und der eigenen Gesundheit, sondern ebenso Rücksicht auf die Arbeitskollegen. Ein Blick in die Akten der Berufsgenossenschaften

gibt oft erschreckende Kenntnis von den näheren Begleitumständen vermeidbarer Unfälle.



Bestell Nr.-377 -d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H.
b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft Berlin W.9.

Es ist immer wieder nötig, alle Menschen, die, mitten im Arbeitsleben stehend, gar zu leicht gegen die ihnen selbst und ihren Mitarbeitern drohenden Gefahren abzustumpfen, eindringlich zu ermahnen und zu Dorfsicht, Umsicht und Rücksicht aufzurütteln. Dazu dienen die Unfallverhütungsbilder des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften, die recht oft wechselnd in den Betrieben ausgehängt werden müssen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Amberg. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle Amberg fanden sich Samstagabend die Mitglieder mit ihren Angehörigen im Josefs-Hause zu einer schlichten Feier zusammen. Der Vorsitzende, Kollege Lehner, konnte trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage eine stattliche Anzahl von Kollegen und Kolleginnen begrüßen. In der Festrede, die Kollege Czegane-Nürnberg, hielt, entwidmete der Redner die Geschichte des Verbandes, der Kämpfe und Erfolge. Er dankte auch der Verwaltung sowie sämtlichen Kollegen für ihr tatkräftiges Zusammenarbeiten. Anschließend wurde die Ehrung eines Jubilars, des Kollegen Georg Wiesmet, vorgenommen. Ihm wurde Verbandsdiplom und Silbernadel überreicht. Die Jugendgruppe steuerte zur Unterhaltung Prolog und komische Vorträge bei. Eine freiwillige Musikabteilung gab ihre Weisen zum besten, so daß die paar Stunden allzufrüh vergingen.

Anzeigenpreis für die viergesp. Mittemerzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deulow Wall 9. Telefonruf West 515 43. — Redaktionsbüro ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1.— pro Monat zu beziehen. — Angelegenheiten nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Reichsbankkonto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau. Ia. Doppelschneckenfederwerk nur **11,50 Mk.**
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie
Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9

Sportschlitten-Kufen

Esche, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 180 200 cm Holzlänge
1,50 1,80 2,20 2,50 3,15 3,60 Mk. p. Paar
Ringelkufen 145 cm Schlittentl. RM. 5.—
Schneeschuhe aus Ia Gebirgsesche,
Preise auf Anfrage. Aufschraubbindungen
(verstellbar) kompl. RM. 7,50. Huitfeldtgarbindungen kompl. RM. 5.—
Nichtgefallendes nehme ich zurück.

Max Walther
Dresden-N. 22, Rehefelder-St. 53